



ZUKUNFT DER STAHLINDUSTRIE

STAHLDIALOG/STAHLGIPFEL IM KANZLERAMT

Ein starkes Signal für die Branche

Am 6. November 2025 empfing Bundeskanzler Friedrich Merz Vertreterinnen und Vertreter der Stahlindustrie, die IG Metall sowie Ministerpräsidenten und Bundesminister zu einem Spitzentreffen im Kanzleramt. Die Lage ist mehr als ernst; immer wieder hat die IG Metall in den letzten Jahren darauf hingewiesen: Die deutsche Stahlindustrie befindet sich in einer existenzbedrohenden Krise. Ziel des Treffens war es, endlich konkrete Maßnahmen zu vereinbaren, um die Wettbewerbsfähigkeit, die Klimatransformation und die Beschäftigung in der Stahlbranche zu sichern.

Bemerkenswert ist das bereits im Koalitionsvertrag verankerte und nun von Kanzler Merz bekräftigte Bekenntnis zur deutschen Stahlindustrie. Man habe erkannt, dass offene Märkte und fairer Wettbewerb zwar lange Zeit von zentraler Bedeutung waren, sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend gewandelt haben – etwa durch die Flut subventionierten Stahls, insbesondere aus China, sowie durch die Zollproblematik mit den USA. Vor diesem Hintergrund werde man „die Vorschläge der EU-Kommission nach Kräften unterstützen“, was bedeutet, dass die Bundesregierung diese – anders als in der Vergangenheit – aktiv vorantreiben will. Ein wichtiges Signal für die Branche. Auch Vizekanzler Klingbeil, der sich bereits im Vorfeld für die Belange der Stahlindustrie stark gemacht hat, unterstrich erneut die Dringlichkeit und das erforderliche Tempo bei den anstehenden Maßnahmen und sagte volle Unterstützung zu.

Was die Bundesregierung konkret vorhat:

1. Handelsschutz stärken – gegen Billigimporte und Marktverzerrung

Die Bundesregierung will sich in Brüssel für robuste Schutzmaßnahmen einsetzen, um die europäische Stahlindustrie vor Dumpingimporten – insbesondere aus China – zu schützen. Geplant sind neue Zölle und eine Begrenzung zollfreier Einfuhren. Des Weiteren soll der CBAM-Mechanismus schnellstmöglich nachgebessert werden.

2. Energiekosten senken – Industriestrompreis soll kommen

Ab Januar 2026 soll ein staatlich geförderter Industriestrompreis eingeführt werden. Zusätzlich wird die Strompreiskompensation verlängert und ausgeweitet, um energieintensive Betriebe, wie die Stahlindustrie, zu entlasten. Die Aussichten sind gut und man gehe davon aus, auch hier in diesem Jahr noch mit der EU Klarheit zu haben.

3. Heimische Produktion bevorzugen – „Local Content bzw. Buy European“ als Prinzip

Bei öffentlichen Ausschreibungen soll künftig deutscher bzw. europäischer Stahl bevorzugt werden. Das Ziel: Die heimische Produktion stärken und Leitmärkte für klimafreundlichen Stahl mit klaren Bedingungen zu schaffen. Die Bundesregierung unterstützt die Umstellung auf grünen Stahl durch Förderprogramme und die Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK). Diese Förderungen sollen an Standort- und Beschäftigungssicherung gekoppelt werden.

Weiterhin Bürokratie abbauen – schnellere Umsetzung ermöglichen

Die Bundesregierung will Förderkriterien vereinfachen und bürokratische Hürden abbauen, insbesondere bei Wasserstoffprojekten und EU-Förderungen.

IG Metall: Bewertung und Erwartungen



Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, zieht ein klares Fazit:

„Wir haben heute ein gemeinsames Verständnis erreicht und konkrete Verabredungen getroffen. Die Probleme der Stahlindustrie sind damit nicht gelöst – aber wir sind endlich einen guten Schritt weiter.“

Was das für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet:

Arbeitsplätze im Fokus: Bundeskanzler Merz hat sich klar für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgesprochen. Energieentlastung kommt: Der Industriestrompreis ab 2026 ist ein wichtiges Signal – auch die Kombination mit der Strompreiskompensation wird angestrebt.

Local Content soll Realität werden: Öffentliche und private Aufträge sollen künftig bevorzugt mit deutschem bzw. europäischem Stahl ausgeführt werden – das stärkt die heimischen Standorte.

Verantwortung der Unternehmen: Die IG Metall fordert, dass Unternehmen die neuen Spielräume nutzen, um in Deutschland zu investieren. Werkschließungen müssen vom Tisch sein.

Jürgen Kerner warnt:

„Die Zeit drängt. Jetzt müssen die Vereinbarungen zügig umgesetzt werden. Die Unternehmen stehen in der Pflicht, Verantwortung für Standorte und Beschäftigung zu übernehmen.“



Fazit für die Beschäftigten

Die Bundesregierung hat wichtige Schritte angekündigt – von Handelsschutz über Energieentlastung bis zur Förderung klimafreundlicher Produktion. Die IG Metall begrüßt diese Maßnahmen, fordert aber eine schnelle und verbindliche Umsetzung. Für die Beschäftigten heißt das: Es bewegt sich etwas – aber es bleibt entscheidend, dass Politik und Unternehmen ihre Zusagen einlösen.